Lesen und dann weitergeben !

Cottbuser - blatt

Zeitung für Demokratie und Alltagssorgen

Nr. 53 März 1996 Bitte 1 DM

In dieser Ausgabe

Seite 2: Die PDS und ihre Abgeordneten

Seite 3: Staatsvertrag - man prüfe, ehe man sich ewig bindet

Seite 4: Re(h)kapituliert: Das eine bleibt stehn - das andere laß weg...

Seite 5: Demos in Cottbus und das Grundgesetz

Bürger wollen Sozialabbau nicht hinnehmen

Hunderte Cottbuser auf der Straße Zahl der Unzufriedenen wächst

Mit Hartnäckigkeit (fünf Demos bis Ende Februar!) machten Beschäftigte aus städtischen Einrichtungen, aus Kitas, vom Park- und Grünanlagenbau, von Cottbus-Verkehr und Costar ihrer Unzufriedenheit über den Abbau des Sozialstaates Luft. Soziale Ungerechtigkeiten bei Entlassungen und den absehbaren Personalabbau durch beabsichtigte Privatisierung städtischer Betriebe wollen sie nicht hinnehmen.

Sie gaben den Auftakt - vorauszusehen sind weitere Aktionen. Denn wachsende Arbeitslosigkeit, von der Bundesregierung geplante Renteneinbußen und Streichungen von Arbeitslosengeldern werden auch in unserer Region weitere Menschen auf die Straße treiben.

(Fotos: Friedrich Rudolph)

Fusionsvertrag nicht akzeptabel

Die PDS ist kein Fusionsgegner aus Prinzip. Weil aber der ausgehandelte Staatsvertrag Berlin-Brandenburg wesentliche Interessen unseres Landes nicht berücksichtigt, kann man ihm so nicht zustimmen. Das unterstrich PDS-Stadtvorsitzende Kerstin Bednarsky auf einer Aktivtagung. Das Stadtaktiv beschloß, die Bürger u.a. mit Flugblättern über die Nachteile des Vertrages aus Cottbuser Sicht zu informieren; so über die unzureichende Sicherung von sozialen Grundrechten und Arbeitsplätzen sowie die Gefahren für das Brandenburger Schulwesen und die Kultur. Außerdem bleibt die Möglichkeit offen, mit dem Vertrag die fortschrittliche Brandenburger Verfassung auszuhebeln. (Siehe Seite 3).

Ein Info-Mobil des PDS-Landesverbandes (am 12., 13. und 29. April in unserer Stadt) liefert weitere Argumente für die richtige Antwort beim Volksentscheid am 5. Mai.

Der Stimmzettel fragt:

1. Stimmen Sie dem Vertrag der Länder Berlin und Brandenburg über die Bildung eines gemeinsamen Landes zu?

Ja Nein

2. Soll das gemeinsame Land gebildet werden:

im Jahr 1999 oder im Jahr 2002?

Ihre Entscheidung

erfolgt, indem Sie die Frage 1 durch Ankreuzen bejahen oder verneinen oder sie offenlassen und bei der Frage 2 entweder eine Jahreszahl ankreuzen oder sie offenlassen.

Wenn Sie sich also bei der 1. Frage für Nein entscheiden, brauchen Sie die 2. Frage nicht zu beantworten.

PDS-Stadtaktiv tagte und beschloß:

Mehr in die Öffentlichkeit

Mit Aktionen gegen den Sozialabbau sowie gegen den unzulänglichen Fusionsvertrag Berlin-Brandenburg stärker in der Öffentlichkeit wirksam zu werden, darauf einigte sich das PDS-Aktiv auf seiner Tagung am 22. Februar. Kerstin Bednarsky, Siegfried Schulz und Lothar Hoffmann gaben dazu Erläuterungen. Genutzt werden sollen Flugblätter, Info-Stände am 1. Mai sowie Aktionen in den Stadtteilen.
Stadtvorstand und PDS-Stadtfraktion wollen eine gemeinsame Strategie im Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit erarbeiten und sich dabei auch mit vielen anderen Verbänden und Vereinen verbünden, so mit dem Mieterbund, der ISOR, dem Arbeitslosenverband und dem Komitee für Gerechtigkeit. Sie hoffen zugleich auf die Unterstützung fachlich versierter Sympathisanten.
Schatzmeister Werner Kehl begründete den Entwurf des Finanzplanes 1996. Aus den Einnahmen (vorwiegend Mitgliedsbeiträge und Spenden) sollen u.a. Plakate, Flugblätter und Info-Stände im Zusammenhang mit dem Volksentscheid am 5. Mai finanziert, aber auch die AG und IG sowie Veranstaltungen, Frühschoppen, das PDS-Sommerfest, das Herzblatt, das Info-Zentrum, die internationale Arbeit und die Basisorganisationen unterstützt werden.

Linke Parlamentarierin und CDU-Oberbürgermeister:

"Diese Schulden haben nicht die Kommunen zu zahlen!"

Lebhafter Gedankenaustausch beim Politfrühschoppen.

"In dieser Frage bin ich mit Herrn Kleinschmidt schon lange einer Meinung" - so Margot Theben.
"Gerade auf diesem Gebiet habe ich mit Frau Theben oft einen gemeinsamen Draht gehabt" - so Waldemar Kleinschmidt.
Diese Übereinstimmung von der PDS-Landtagsabgeordneten und dem CDU-Oberbürgermeister in einer Sache war merkwürdig und erfreulich zugleich, als es am 25. Februar im Cottbuser Politfrühschoppen um das Thema ging: "Kommunale Altschulden - was können sie für Cottbus bedeuten?"

Herzlichen Glückwunsch
sagt der PDS-Stadtvorstand allen Cottbuser Frauen und Mädchen zum Frauentag. Die Partei steht an ihrer Seite im Kampf gegen soziales Unrecht.

In der ihr eigenen temperamentvollen Art stellte Margot Theben klar, daß die Milliardenforderungen der Bundesregierung gegenüber den ostdeutschen Kommunen keinerlei rechtlichen Anspruch haben. Im zentralisierten Planungssystem der DDR wurden aus finanztechnischen Gründen diese Mittel für die Gemeinden 1971 bis Mitte der 80er Jahre als Kredite der Staatsbank ausgewiesen, aber ebenso planmäßig aus Staatsmitteln verzinst und getilgt. In den Verhandlungen zum Einigungsvertrag wurden darüber Protokolle und Bilanzen geführt, aber letztlich keine konkreten Vereinbarungen getroffen.
Waldemar Kleinschmidt konnte diese Auffassung mit eigenem Cottbuser Beispiel aus seiner Zeit als damaliger Stellvertreter für Finanzen der Stadt bekräftigen. 190 Mio DM soll Cottbus nach Waigelscher Ansicht dem Bundeshaushalt schulden, davon allein 70 Mio DM seit 1990 für aufgelaufene Zinsen. "Diese 'Schulden' gehören in den Erblastenfonds der Bundesregierung" war die Übereinstimmung am Sonntag morgen. Wenn die bereits "normal" durch die Stadt aufgenommenen Schulden mit den übernommenen Bürgschaften addiert und die fiktiven rd. 1.555 DM/pro Einwohner hinzukämen, ergäbe sich die stattliche Summe von 3.208 DM/pro Einwohner Belastung für die Cottbuser Bürger. Frei gestaltbare Kommunalpolitik wäre praktisch unmöglich!
Die Fragen der Teilnehmer über die zu erwartende künftige Regelung, die Öffentlichmachung der betroffenen Objekte, den Einfluß der Fusion Berlin/Brandenburg auf die Kommunalfinanzen, die Absichten der Stadt zur Privatisierung von Kommunaleigentum u.a. führten zu einem lebhaften, lockeren und interessanten Gesprächsverlauf.
Die linke Parlamentarierin und der rechte Amtsträger waren sich auch in den Schlußfolgerungen einig:
- Die Kommunen brauchen bei Bund und Ländern eine bessere Lobby
- In diesem Staat muß eine neue Steuergerechtigkeit für die Kommunen hergestellt werden.

Beide erhielten anerkennenden Beifall für ihr vorgetragenes Engagement. Die Besucher versprachen, wenn notwendig, den Druck der Kommunalverbände auf die Bundesregierung zur einzig gerechten Lösung des Problems zu unterstützen. Die Kommunen sind ohne Wenn und Aber zu entlasten.

Siegfried Dilk

blatt kommentiert

Die Cottbuser PDS und ihre Abgeordneten

Kerstin Bednarsky, Landtagsabgeordnete und PDS-Stadtvorsitzende in Cottbus, kam zur Aktivtagung am 22. Februar direkt von der Kundgebung der Kindergärtnerinnen und anderer städtischer Angestellter vorm Rathaus. Sie hatte die dort Versammelten, die schon mehrere Wochen lang gegen sozial unverträgliche Entlassungen protestierten, der Solidarität und Unterstützung der PDS versichert.
Vor dem PDS-Stadtaktiv richtete sie aber in diesem Zusammenhang auch ein p[illegible] emotionelle Worte an die PDS-Stadtfraktion. Sie bedaure, meinte sie, daß es die PDS-Stadtverordneten in den vergangenen Wochen noch nicht für nötig befunden hätten, sich öffentlich zu den von den Gewerkschaften organisierten Protesten zu bekennen und zu den Demonstrierenden zu sprechen. Die PDS ist bekannt dafür, daß sie die Angriffe auf den Sozialstaat rigoros bekämpft - das sollten ihre Vertreter aber auch vor Ort deutlich machen. Schließlich müßten PDS-Abgeordnete sowohl sachkundige Fachleute in städtischen Angelegenheiten als auch Politiker in aller Öffentlichkeit sein.
So ganz wollten die anwesenden Abgeordneten diese kritischen Worte an die Fraktion nicht akzeptieren und sprachen von kleinen Querelen, die man ausräumen muß. Aber damit gaben sich viele im Stadtaktiv nicht zufrieden. Es sei, erklärte beispielsweise W. Herr, in erster Linie e[illegible]ne Haltungsfrage: Wer seine Position d[illegible] Vertrauen vieler Wähler verdankt, muß deren Interessen auch überall vertreten, wie das Kerstin Kircheis, Siegfried Dilk und andere in aller Öffentlichkeit tun. Andererseits erwarten die Abgeordneten mit Recht mehr Unterstützung von seiten der PDS-Mitglieder, beispielsweise durch deren aktive Teilnahme an Stadtverordnetenversammlungen oder Ausschußsitzungen. Denn wer schwierige Aufgaben lösen muß - und das müssen die PDS-Abgeordneten - braucht Rückenhalt.
Zwischen Stadtvorstand und Fraktion wird es darüber weitere Gespräche geben. Das Ergebnis wird in nächster Zeit dann hoffentlich auch in der Öffentlichkeit zu spüren sein. *G.K.*

blatt-Magazin Sachsendorf
Zuschriften bis 15. März an Herzblatt, PDS-Stadtvorstand, Breitscheid-Straße 11, 03046 Cottbus

Nein zum Staatsvertrag

Drum prüfe, wer sich ewig bindet

Kooperation war nicht gewollt

Sozusagen als Nagelprobe für die künftige Fusion von Berlin und Brandenburg hatten beide Länder ein gemeinsames Aktionsprogramm beschlossen, das mehr als 200 konkrete Projekte der Zusammenarbeit enthielt. Diese Kooperation ist nötig und nützlich, ist wichtiger als eine Fusion. Aber sie wurde torpediert: Verträge dazu sind nur sehr zögernd abgeschlossen und kaum verwirklicht worden. Wer aber die Kooperation nicht will, wird der in einem gemeinsamen Land die gleichberechtigte Verwirklichung der Interessen beider Teile wollen? Berlin will dominieren, das ist doch klar!

Keine Chance für bürgernahe Verwaltung

Die Fusion läuft nicht im Zeichen einer bürgernahen und bürgerfreundlichen Verwaltung. Berlin steht kurz vor dem finanziellen Bankrott, und Brandenburg ist eines der ärmsten und strukturschwächsten Länder. So ist Sparen angesagt, Verwaltungen sollen abgebaut und bürgernahe Dienstleistungen mit der Fusion gleich gar nicht in Angriff genommen werden. Die Festlegung einer Personalobergrenze von 159.000 für den Landesdienst hätte den Abbau von 50.000 Beschäftigten zur Folge. In unserer Stadt sind eine ganze Reihe von Landesämtern und deren Außenstellen angesiedelt. So für Bauen, Bautechnik und Wohnen, für Soziales und Versorgung, für Datenverarbeitung und Statistik, für Geowissenschaften, Umwelt usw. Massenweise würden Berliner und Potsdamer Beamte und Angestellte, die dort nicht mehr benötigt werden, hereinströmen - wer dann gehen muß, läßt sich denken.

Farce: Regionale Entwicklungszentren

Der Vertrag schreibt die Metropolen- und Regierungsfunktion Berlins fest. Aussagen über eine funktionelle Entlastung der Hauptstadt zugunsten Brandenburgs enthält er nicht. Die Ausgestaltung sogenannter regionaler Entwicklungszentren bleibt - so die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der PDS-Fraktion - "Aufgabe kommunaler Selbstverwaltung" ohne länderübergreifende Abstimmung. Diese Zentren sollen zunehmend nur auf die schnelle Verkehrsverbindung nach Berlin reduziert werden (siehe Eisenbahn: die Strecken nach Berlin werden ausgebaut, die kleinen in den Regionen lahmgelegt). Brandenburg wird Wohn- und Freizeitpark für Berlin, eigenständige Weiterentwicklungen der Städte als Standorte für Arbeitsplätze, Kultur und Wissenschaft sind ungewiß. Alte Modelle wie das Berliner Schulsystem haben Vorrang, neue, moderne Strukturen sind nicht geplant.

Ergänzung zur "Märker-Hymne"

Städtisches Treiben am Berliner Rand
deutet auf die Leiden für der Märker Land:
Wenig soll uns bleiben in der eignen Hand.

Laßt den Bären in der Höhle,
laßt ihn seiner Wege gehen.
Roter Adler in der Höhe
sollst über unsern Köpfen stehn. (Breti)

♥ stich Himmel und Hölle

Ein von der Brandenburger Staatskanzlei herausgegebenes Heftchen zur Fusion verkündet gleich auf den Seiten 2 und 3:
Vieles gehört einfach zusammen...Berlin und Brandenburg!
Im Schatten dieser Schlagzeile tröpfelt man dem Leser seitenweise weitere Assoziationen ins Unterbewußte: "Geld und Gut, Essen und Trinken, Musik und Tanz, Hand und Fuß, Glanz und Gloria" - ja, das geht runter wie Honig. Hurra, Berlin und Brandenburg, du fusioniertes; Synonym für Geld und Gut und Glanz und Gloria!
Doch was soll das? Des Brandenburger Lesers Augen gleiten weiter über "Feuer und Wasser, Roß und Reiter, Katz und Maus, Stark und Schwach, Dick und Doof, Himmel und Hölle..." Donnerwetter, steigt einem das Unbewußte nun doch ins Bewußtsein? Berlin, rund und fett, (und stark!), will uns zügeln wie der Reiter das Roß; wird über uns im 7. Himmel schweben und das doofe, schwächliche Brandenburg nach ein bißchen Katz-und-Maus-Spiel glatt zur Hölle schicken!
Oder hab ich da etwa was falsch verstanden? *Argus*

Ehevertrag mit Tücken

Die Grenze zwischen Brandenburg und Berlin - das größte Hindernis für Investoren aus nah und fern.
So tönt's aus dem Agit-Prop-Mobil der Herren Stolpe und Diepgen. Warum das so sein soll, kann keiner erklären. Und außerdem: Kapital kannte noch nie Grenzen, weder territoriale noch moralische, wenn es um Profit geht.
In den Beziehungen zwischen B und B gibt es zu viele Hemmnisse, deshalb müssen Adler und Bär heiraten.
Auch dieses Argument zieht nicht. Hemmnisse müssen vor der Hochzeit beiseite geräumt werden. Denn ohne Verständnis füreinander kein vernünftiger Ehevertrag! Schließlich hat die Skepsis der Brandenburger auch historische Gründe. Berlin war ein Schwamm bis zur Wende, selten gab er vom Angesaugten ein paar Tropfen zurück. Und auch die große Vereinigung ist bis heute, nach reichlich fünf Jahren, kein erstrebenswertes Vorbild. Zu viele Ungerechtigkeiten brachte sie. Gebranntes Kind scheut das Feuer! Solange nicht verhindert wird, daß der wirtschaftlich Stärkere auch das Sagen hat, kommt der andere in der Ehe immer zu kurz. G.Ma.

Das eine bleibt stehn - das andere laß weg...

Aus dem journalistischen Hexen-Einmaleins

Daß Klaus T., freier Mitarbeiter unserer größten Regionalzeitung, die DDR heute für einen Verbrechersozialismus hält, ist seine Sache. Als er das jedoch vor einigen Monaten gegen Honorar in einem seiner Beiträge in aller Öffentlichkeit feilbot, kam doch Empörung auf. Immerhin hatte der Mann zu DDR-Zeiten auf bezahlten FDJ- und Kulturbund-Arbeitsplätzen zumindest auch ein Scherflein zum "Verbrecher-Sozialismus" beigetragen. Jeder mag nach seiner Fasson über die Vergangenheit dieses Landes und die eigene nachdenken und sich ein Urteil bilden. Aber

Re(h)kapituliert

mit derart absoluten Feststellungen ist es ohnehin so eine Sache, die sollten vielleicht jenen vorbehalten bleiben, die viel über die vergangene DDR reden und urteilen, ohne sie je selbst erlebt zu haben. Und wer damals für politische Tätigkeit bezahlt wurde, sollte nunmehr Gegenteiliges nicht schon wieder gegen Bezahlung feilbieten.

Inzwischen hat sich Klaus T. mit einer neueren Veröffentlichung gegenüber jenen verdient gemacht, die wie er damals staatsnah arbeiteten und nun im Rentenalter dafür bestraft werden.

Er hat gewissermaßen den Weg gewiesen, wie künftig Rentenstrafrecht wirkungslos werden kann, ohne daß sich die diversen Parteien im Bundestag noch weitere Jahre mit unterschiedlichen Vorschlägen vor allem vor Wahlen in Ostdeutschland überbieten müssen.

In der Cottbuser Heimatzeitung vom 7. Februar 1996 schrieb Klaus T. auf Seite 14 ein langes Porträt über den Cottbuser Polizeipräsidenten. Überschrift: "Vom Landwirt zum Ehren-Chef der kanadischen Indianerpolizei". Und der Inhalt auf vielen Zeilen liest sich denn auch so: Gelernt, Kühe zu melken, irgendwann in die Blockpartei DBD eingetreten, die dann geschlossen nach der Wende zur CDU überwechselte. Ein gelungenes journalistisches Hexen-Einmaleins: Das eine bleibt stehn - das andere laß weg. (Altgedienten DDR-Journalisten ist diese Methode durchaus vertraut. Wie oft wurde damals vieles weggelassen, was nicht in den Kram paßte. Also, ein weiteres Relikt aus DDR-Zeiten, das ebenso wie der grüne Pfeil auch für heutige Zwecke von Gebrauchswert ist.)

Ach, wenn doch nur die Bundesanstalt und andere Versicherungsträger diese Methode übernehmen würden und alles Staatsnahe wegließen. So mancher Mitschüler vom Jahreslehrgang an der Bezirksparteischule würde es Klaus. T. ewig danken. Beim Polizeipräsidenten-Porträt hat der nämlich einfach übersehen, daß der Mann hauptamtlicher Kreissekretär der DBD in Lübben war, daß ihm eine große Karriere in der DBD bevorstand;

Preisgünstiges Angebot. Bedürftige wenden sich vertrauensvoll an Rudis Resterampe.
(Fotos: Friedrich Rudolph)

Beliebte Haltung von Wendehälsen: Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen...

daß er zu diesem Zweck als einer von wenigen aus den Blockparteien auserwählt wurde, ein Jahr zusammen mit seinen SED-Genossen deren Bezirksparteischule in der Branitzer Siedlung zu besuchen. Entweder wußte das der Autor nicht oder es paßte einfach heute nicht mehr in den Kram...

Sollte ersteres der Fall sein, muß man Klaus T. nahelegen, sich derartige Porträts nicht einfach diktieren zu lass[en], sondern es einmal mit Recherchen zu v[er]suchen, wie es offenbar jener Spiegel-Autor bereits 1992 vorexerzierte: "...Polizeipräsident Jürgen Lüth, 45, Absolvent der SED-Bezirksparteischule, noch vor wenigen Jahren Blockfunktionär der "Demokratischen Bauernpartei Deutschlands" (DBD)... (Spiegel 48/1992, S. 49)

Übrigens: So "geschlossen" konvertierte die DBD der DDR auch nicht ins christdemokratische Lager, wie es sich Klaus T. erzählen ließ und dann niederschrieb. Nicht alle wurden von einem Tag auf den anderen aus treuen SED-Verbündeten zu Mitgliedern der Kohl-CDU und setzten dort ihre Karriere einfach als Landtagsabgeordnete fort.

Das war jedermanns eigene Entscheidung. Aber so oft dies in solchen Porträts einfach weggelassen wird, so oft muß es ergänzt werden. Zumal wenn man über einen Menschen schreibt, der neben Arbeitswut und Optimismus auch Ehrlichkeit schätzt, wie es in diesem Porträt heißt.

reh

Cottbuser auf der Straße gegen Sozialabbau

Artikel 20 (1)

Grundgesetz der BRD:

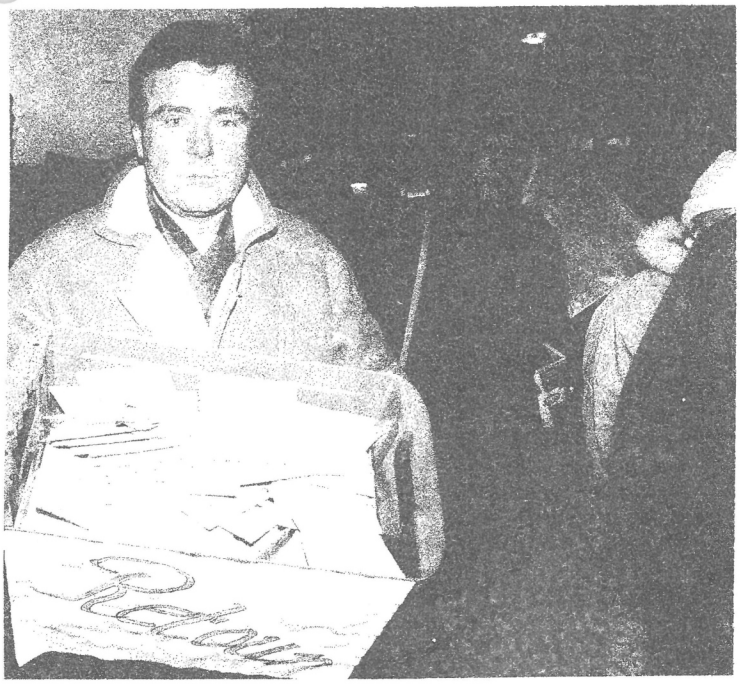
Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Fordern wir unsere Rechte ein!

Nehmen wir wachsende Arbeitslosigkeit, Kürzungen von Renten und Arbeitslosengeldern, höhere Mieten und steigende Kosten für Dienstleistungen und im Gesundheitswesen sowie Streichung von Mitteln für die Kultur nicht tatenlos hin!

Organisiert von den Gewerkschaften GEW und ÖTV, waren Hunderte städtische Angestellte bis Ende Februar bei fünf Demos auf der Straße. Wenn schon Entlassungen unumgänglich sind, dann wenigstens sozial verträglich, forderten Kita-Erzieherinnen von der Stadtverwaltung. Symbolisch wurde eine Kiste mit Entlassungsbriefen (Foto unten) vorm Rathaus ausgekippt. Gegen drohenden Personalabbau bei Privatisierung und Streichung von Zuschüssen protestierten u.a. Beschäftigte von Cottbus-Verkehr, Costar und Grünanlagen. Der OB zeigte sich allerdings nicht. Letzte Nachricht vor Redaktionsschluß: Die Stadtverwaltung sei "gesprächsbereit". Möglicherweise ist weiterer Nachdruck erforderlich.

(Fotos: Friedrich Rudolph)



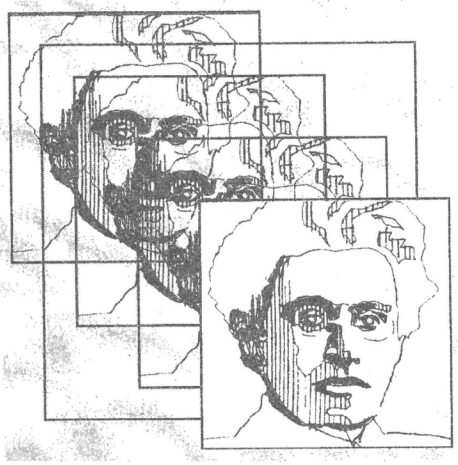
Die Botschaft Antonio Gramscis (1891 - 1937):

Demokratie statt Diktatur

Sein Credo: Alle Menschen sind Philosophen

Als Parlamentsabgeordneter wurde er im November 1926 auf Befehl von B. Mussolini verhaftet. Ein faschistisches Sondergericht verurteilte ihn am 4. Juni 1928 zu 20 Jahren Gefängnis. Sein Ankläger meinte damals, man müsse dieses Hirn 20 Jahre aktionsunfähig machen. Eine vergebliche Hoffnung, denn gerade im Kerker sollte sein Hauptwerk, die mehr als 3000 Seiten umfassenden "Gefängnishefte", entstehen.

Der Name dieses außergewöhnlichen und standhaften Menschen ist Antonio Gramsci - ein Journalist, Politiker und marxistischer Theoretiker. Am 22. Januar 1891



wurde A. Gramsci als viertes von sieben Kindern geboren. Seine Familie lebte in bescheidenen Verhältnissen. Deshalb waren große materielle Entbehrungen nötig, um Antonio eine gymnasiale Bildung zu ermöglichen. Mit Hilfe eines Stipendiums studierte er.

In der Zeitung der Turiner Sektion der Sozialistischen Partei (SPI), "Grido del Popolo" (Ruf des Volkes) waren seit 1914 regelmäßig Artikel von ihm erschienen. Nach dem Studium blieb Gramsci in Turin und widmete sich ganz der journalistischen Tätigkeit, wobei er u.a. auch für die Tageszeitung der Sozialistischen Partei (Parteieintritt 1913) "Avanti" schrieb, deren Direktor von 1912 - 1914 ein gewisser B. Mussolini war...

Erstmals am 1. Mai 1919 erschien "L`Ordine Nuovo" ("Neue Ordnung"), eine Wochenzeitschrift für sozialistische Kultur, in der Gramsci als Redaktionssekretär fungierte. Neben ihm waren mehrere spätere Mitbegründer der KPI, darunter Palmiro Togliatti, an der Herausgabe dieser Zeitschrift beteiligt. Im März 1920 publizierte Gramsci in "L'Ordine Nuovo" das Manifest "Für den Kongreß der Fabrikräte". In den Fabrikräten sah er nämlich die Keimzellen einer künftigen Macht der Arbeiter und Bauern. Als sie dann in Industriebetrieben Oberitaliens gebildet wurden, unterstützte er sie aktiv. Ferner gehörte er zu den Organisatoren des Generalstreiks (13.04. - 23.04. 1920), an dem 200.000 Turiner Arbeiter teilnahmen.

Die Untätigkeit der Führung der SPI, gerade in dieser Phase der Nachkriegsentwicklung Italiens, gab seiner kritischen Haltung zu ihr neue Nahrung. So erarbeitete Gramsci mit Gleichgesinnten ein Papier "Für eine Erneuerung der Sozialistischen Partei". Jedoch spitzte sich die Situation auf dem Livornoer Parteitag der SPI (15. - 21.01.1921) derart zu, daß die Delegierten der kommunistischen Fraktion am letzten Tagungstag die KPI gründeten. Von 1924 - 1927 war Gramsci - ein hervorragender marxistischer Theoretiker - Generalsekretär der KP Italiens. Er stand für einen undogmatischen Umgang mit dem Marxismus, den er "Philosophie der Praxis" nannte. Das lag nur z.T. an der Gefängniszensur, mit der Gramsci in seinen letzten Lebensjahren konfrontiert war. Vor allem war es darin begründet, daß er den eigentlichen Sinn von Philosophie bzw. Theorie in ihrer praktischen Anwendbarkeit und in ihrer revolutionierenden Wirkung sah. Sein Parteienverständnis, seine Auffassungen zur Machtausübung (Hegemoniekonzept), paßten nie ganz in die farblosen Denkschablonen orthodoxer "Marxisten-Leninisten". Ohne Dialog, ohne Diskurse schien ihm auch die Entwicklung von Gesellschaftsentwürfen unvorstellbar.

Seinem Jugendfreund, Piero Sraffa, einem Wirtschaftswissenschaftler, kam es zu, die letzte Botschaft Gramscis in dessen Todesjahr - 1937 - an die KPI zu übermitteln. Dort sprach er davon, nach dem Ende des Faschismus anstelle einer Diktatur des Proletariats eine Verfassungsgebende Versammlung anzustreben. Solches Denken war für das "Religionsverständnis der kommunistischen Päpste" und ihrer meist streng gläubigen "Kirchenmitglieder" zuviel. Da begingen sie lieber die Sünde, sein theoretisches Erbe weitestgehend unerschlossen "links" liegen zu lassen und von ihm nur das einseitige Bild eines antifaschistischen Märtyrers zu zeichnen. Im Herbst 1989 ereilte uns alle auch für dieses sündige Tun die gerechte Strafe - der Untergang des Realsozialismus. Die Moral aus dieser Geschichte kann nur sein: Wer nicht bereit ist, über den (theoretischen) Tellerrand zu schauen, muß irgendwann verhungern.

René Lindenau

Wolfgang Gehrcke, Bundes-PDS-Vize, sprach beim Politfrühschoppen in Cottbus über den Bundesparteitag. Fazit: Poli sche Kampagnen stehen auf der Tagesordnung!

Bündnis für Arbeit?

Alle geben sich große Mühe, die entscheidende Wende in der Arbeitslosigkeit herbeizureden. Die Gewerkschaften wollen stillhalten, wenn Arbeitsplätze erhalten bzw. geschaffen werden. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium erklärt, Erfolge hängen von der Senkung der Einkommen, flexibleren Arbeitszeiten, mehr "einfachen" Arbeitsplätzen und von "Korrekturen im Sozialsystem" (Diäten hoch? Sozialfürsorge runter?) ab.

Und die Arbeitgeberverbände? Keine Tariferhöhungen aufgrund von Produktivitätssteigerungen, keine Urlaubs- u Weihnachtsgelder, dafür Verzicht der A beitgeber auf betriebsbedingte Kündigungen. Untertarifliche "Einstiegslöhne" für Langzeitarbeitslose, am liebsten generelle Lohnsenkungen. Die Gewinne daraus sollten dann für weitere Produktivitätssteigerungen verwendet werden.

Na hoppla! Jeder weiß: Dadurch fallen erst mal weitere Arbeitsplätze weg. Das war schon immer so in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, mehr Produktivität führt zur Massenarbeitslosigkeit. Und außerdem: Kapital geht nach Profit, je höher, desto williger, auch über Grenzen hinweg. Wie man dagegenhalten kann? Ziele und Wege erläutert das Dokument der PDS-Bundestagsgruppe "Aufbruch zur sozialen Gerechtigkeit" (ND vom 17. Januar 1996).

Cottbuser Kindergärtnerinnen und andere städtische Beschäftigte haben schon begriffen, wie man handeln muß. Veränderung beginnt mit Opposition. Liegt`s nicht auch an uns, dafür zu sorgen, daß aus dem "Bündnis für Arbeit" keines für die Arbeitgeber wird?

G. Mahnhardt

Finanzminister
Herrn Theo Waigel

Cottbus, 24.02.1996

Sehr geehrter Herr Minister,

mit großer Freude habe ich (geboren 1952) am 22.02.1996 in unserer Lokalpresse, der "Lausitzer Rundschau", Ausschnitte aus Ihrer Rede zum Politischen Aschermittwoch lesen können. Mit großer Freude deshalb, weil Sie mir einen Wunsch erfüllen möchten, den ich schon seit vielen Jahren habe! Ich habe mehrere Jahre mit Cubanischen Jugendlichen in der DDR zusammengearbeitet, hatte aber nie soviel Kleingeld, um mir eine Reise nach Cuba leisten zu können. Jetzt habe ich Hoffnung, doch noch dieses Land besuchen zu können, da Sie ja das wohlgemeinte Angebot unterbreitet haben, "... alten roten Socken... sollte man Flugtickets spendieren, damit sie nach Nordkorea oder Kuba fliegen können."
Ich persönlich habe mich für Cuba entschieden und würde mich freuen, von Ihnen die Flugtickets in nächster Zeit erhalten zu können.
Ich schreibe deshalb von mehreren, da Sie einen Rückflug nach Deutschland nicht zwingend ausgeschlossen haben.

In Erwartung einer wohlwollenden Antwort verbleibe ich
mit freundlichen Grüßen

Lothar Hoffmann

Zu: Drama in drei Akten

Die Sache mit dem Gewissen

Im Herzblatt Nr. 52 war von Herrn Herr "Drama in drei Akten" ausgeführt, daß der Abgeordnete Herr Nitschke als Begründung zu seiner Fehlleistung den § 37 der brandenburgischen Kommunalverfassung - der Abgeordnete ist lediglich seinem Gewissen verantwortlich - zitiert. Das heißt wohl, nach seinem Gewissen wäre für die betroffenen Mieter eine 15 % Mieterhöhung richtig gewesen? Jeder Mensch ist immer seinem Gewissen verantwortlich. Nicht nach seinem Gewissen zu handeln, sondern nach seinem persönlichen Vorteil, war ja das typische Verhalten von SED-Genossen, die in die Partei gehen mußten. Sind von denen doch noch ein paar in die PDS gerutscht?
Nach dem, was Entscheidungsträger entscheiden, beurteilte ich deren Gewissen. Wie auch zu DDR-Zeiten gibt es heute übergeordnete Zwänge, die meine Entscheidungen mit bestimmen. Meist bleibt für das Gewissen nur ein kleiner Spielraum, er sollte aber auch genutzt werden. Wer Mitglied einer Partei ist, dokumentiert damit auch sein Gewissen. Die Entscheidung des Wählers (wenn er nicht gerade ein persönlicher Bekannter ist) berücksichtigt das bei der Wahl (er setzt voraus, daß die Mitglieder einer Partei in Wahlfunktionen sich so verhalten, wie es das Parteiprofil verspricht). Sonst ist dies Wahlbetrug.
Die PDS ist gut beraten, wenn sie sich stärker als andere Parteien mit dem Einzelverhalten ihrer Repräsentanten und Abgeordneten auseinandersetzt (öffentlich). Viele erwarten immer noch eine klare Auswertung der SED-Vergangenheit. Ich halte es für möglich, daß die PDS mit der SED-Vergangenheit abrechnen kann und dabei die wesentlichen Mängel der Gegenwart kritisiert. Herr Gysi, hat einmal kurz nach der Wende gesagt: Das historische Verdienst der SED ist, daß bewiesen wurde, daß Sozialismus nicht funktionieren kann. Das ist falsch. Sozialismus muß funktionieren (wenn die Menschen sich nicht selber beseitigen wollen), nur so, wie in der DDR praktiziert, geht es nicht.

Siegfried Seime

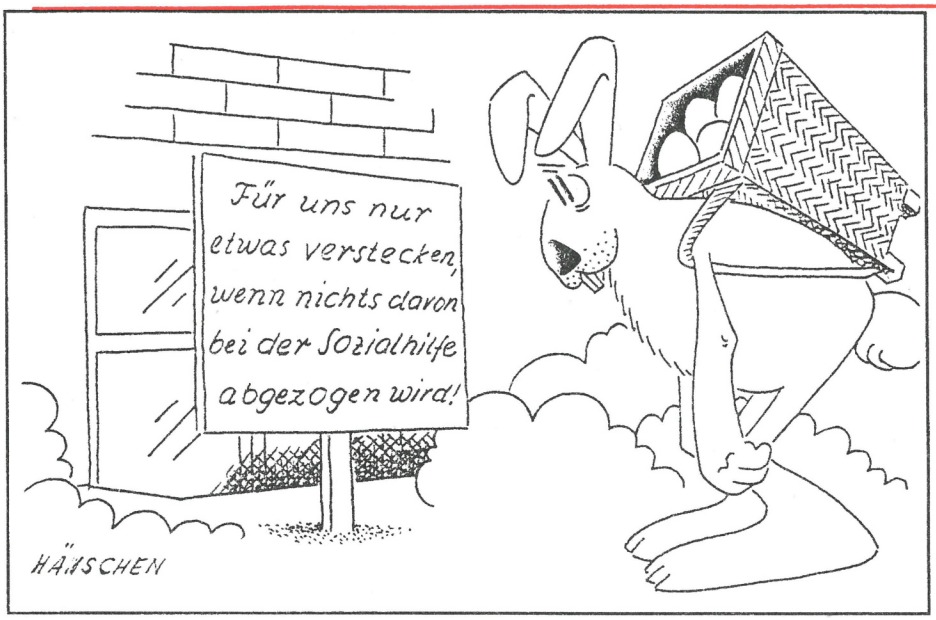
Kritischer im Sozialbereich!

Mit der PDS-Fraktionspolitik im Sozialbereich, besonders der Kinder- und Jugendpolitik, setzt sich Erwin Erfurth, Leiter der IG Kitas Cottbus, in einem Material vom 12.02.96 auseinander. Er fordert konsequentere Opposition und das Einbringen und Öffentlichmachen von Alternativprojekten, bevor die Verwaltungsvorlagen auf dem Tisch liegen.
PDS-Abgeordnete dürften sich nicht nur von finanziellen Sachzwängen leiten lassen, sondern von den Wählerinteressen. Für notwendig hält er ein strategisches Programm zur Cottbuser Kommunalpolitik und mittelfristige Aktionsprogramme. E. Erfurth schlägt u.a. regelmäßige Beratungen der Fraktion mit Betroffenen vor und eine enge Zusammenarbeit mit der IG Kitas.

Für eine Perspektive des Lausitzer Bergbaus

Den Empfehlungen des Landesparteitages folgend, hat sich die BO 26 in ihrer Januarversammlung eingehend mit dem Thema "Kohle und Energiewirtschaft in der Niederlausitz" beschäftigt, natürlich unter besonderer Beachtung des Problems Horno, das durch den umstrittenen Beschluß der PDS-Landtagsfraktion vom 21.11.95 und den massiven Protest der Kohlekumpel in Neuseddin erneut in die Schlagzeilen kam.
Wir teilen nach zweistündiger Diskussion uneingeschränkt den Standpunkt der AG Kohle und Energie, "daß die Braunkohlewirtschaft noch über einen mittelfristigen Zeitraum von ca. 30 Jahren in der Region als Wirtschaftsfaktor gebraucht wird" oder, wie Edeltraud Radochla im Herzblatt Nr. 51 zitiert wurde: "Wir brauchen den Bergbau, bis andere Industrien Fuß gefaßt haben und den Menschen Arbeit geben können." Die seit 1990 vollzogenen wirtschaftlichen Veränderungen im Rahmen der Strukturanpassung der LAUBAG und ehemaligen ESPAG an die gesamtdeutsche Marktsituation haben bereits zu tiefen Einschnitten in das ehemalige Produktionspotential geführt. Die verbliebenen drei Bergbau- und Energiestandorte Jänschwalde/Cottbus-Nord, Welzow-Süd und Nochten/Reichwalde müssen erhalten bleiben, denn sie sichern noch mehreren Tausend Kumpeln direkte Arbeitsplätze und im Umfeld durch zahlreiche kleine kooperierende Betriebe und letztlich durch Kaufkraft die Lebensfähigkeit der Region. Denn bisher ist keine nennenswerte neue Industrie entstanden. Angesichts der inzwischen mehr als 4 Millionen offiziell mitgeteilten Arbeitslosen in Deutschland und der leeren Landeskassen wäre es fern jeder realistischen Zukunftsorientierung, den Bergbaustandort Jänschwalde bereits in 5 Jahren zu liquidieren.
Bleibt also unsererseits die Hoffnung, daß nach dem Beispiel von Kausche auch mit den Hornoer Bürgern ein Konsens für eine einvernehmliche Verlegung des Ortes gefunden wird. Daß dies entsprechend den Zusagen von LAUBAG und Landesregierung ohne finanzielle und materielle Härten für die betroffenen Bürger organisiert wird, sollte die wichtigste Kontrollaufgabe unserer Abgeordneten sein. Wir bitten alle Basisorganisationen in Cottbus und Umgebung, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen. Ein Informationsmaterial der AG Kohle und Energie kann vom Stadtvorstand angefordert werden.

W. Nowel, BO 26



Der Wertsackbeutel

(Aus einem Merkblatt der Bundespost /1972)

Der Wertsack ist ein Beutel, der aufgrund seiner besonderen Verwendung im Postbeförderungsdienst nicht Wertbeutel, sondern Wertsack genannt wird, weil sein Inhalt aus mehreren Wertbeuteln besteht, die in den Wertsack nicht verbeutelt, sondern versackt werden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die zur Bezeichnung des Wertsackes verwendete Wertbeutelfahne auch bei einem Wertsack mit Wertbeutelfahne bezeichnet wird und nicht mit Wertsackfahne, Wertsackbeutelfahne oder Wertbeutelsackfahne. Sollte es sich bei der Inhaltsfeststellung eines Wertsackes herausstellen, daß ein in einem Wertsack versackter Versackbeutel statt im Wertsack in einem der im Wertsack versackten Wertbeutel hätte versackt werden müssen, so ist die in Frage kommende Versackstelle unverzüglich zu benachrichtigen...

(Eingesandt von G. Mahnhardt)

Frühling

Wenn auf Feld und Wies' die frühen
bunten Blumen wieder blühen,
und sich übers ganze Land
nun ein grüner Teppich spannt,

wenn die Bienen emsig fliegen,
sich in Blütenkelchen wiegen
und die Vöglein in den Auen
wieder ihre Nester bauen.

Wenn die Fischlein in dem See
lustig springen in die Höh'
und die Mädchen ohne Zagen
wieder kurze Röckchen tragen,

wenn keiner mehr im Lande friert,
die neue Kraft uns inspiriert,
und es knistert in den Knochen,
dann ist der Frühling zugebrochen.

Karl-Heinz Worbs

Bankgeflüster

Drei Personen in schwarz und mit dunklen Brillen betreten den Schalterraum einer Bank. Flüstert eine Schalterdame: "Mensch, Bankräuber!"
Sagt die andere: "Nee, drei Banker von der neuen nebenan." Entgegnet die erste: "Umso schlimmer!"

Versagt?

Krupp hatte das modernste Stahlwerk Europas in Oranienburg für 20 Mio DM erworben, die Treuhand zahlte 7 Mio dazu. Mit der modernen Einrichtung wird jetzt in China produziert, in Oranienburg sind Arbeitsplätze, Subventionen und die Konkurrenz weg. Erklärte ein ehemaliger Mitarbeiter des Stahlwerkes im MDR: "Krupp hat versagt." Hat er wirklich? Seinem Profit geht's gut... G.Ma.(2)

Telespruch

"Oskar Lafontaine, das ist eine Mischung aus Rosa Luxemburg und Radio Luxemburg: Keine Perspektive, aber immer gute Laune." (Matthias Beltz, Kabarettist)

Ankreuzen und hin !

Termine März/April

Stadtvorstand 13., 27.3. und 10.4., jeweils 17.00 Uhr
SeniorenStammtische jeweils 14.30 Uhr
14.03. im Infozentrum "Wozu soviel Streit um Geschichte?"
10.04. Brandenburger Hof zur Kommunalpolitik
Politfrühschoppen jeweils 10.00 Uhr, Tanzschule Fritsche
24.03. Streitgespräch zur Fusion
21.04. zur Vereinigung KPD-SPD mit Filmvorführung und Zeitzeugen
AG Junge GenossInnen Infozentrum, 18.30 Uhr
19.03. zur Wehrdienstverweigerung
Diskussion "Die PDS und die Theorie" 26.03. Infozentrum, 18.00 Uhr
Info-Mobil und Info-Stände zur Fusion 12. und 13.04. ab 10.00 Uhr im Stadtgebiet
Abgeordnetensprechstunde Carmen Schaller 16.03., 16.00 Uhr Info-Zentrum
Frauenzentrum Thiemstr. 55 (Tel. 47 39 55)
11.-15. März, ab 8.30 Uhr Motivationskurs für arbeitslose Frauen;
ab 27. März, 16.30 Uhr Rhetorik für Frauen
ab 15. März, 16.30 Uhr Fit sein - Training für Frauen

Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren im Monat März: zum 91. Geburtstag Marie Neubert; zum 88. Magda Stuhr; zum 85. Claudia Tschacher; zum 84. Frieda Bösewetter; zum 83. Margarete Morling, Fritz Thoran; zum 82. Alfred Moreitz, Therese Hoppe; zum 81. Margot Fechner; zum 75. Irmgard Kaiser, Günter Karras, Erhard Drößler, Johanna Pucher, Hella Steckel, Herta Bartels; zum 70. Hilde Ritter, Werner Heinze, Ilse Kummer, Willhardt Friedrich, Nelly Fünfstück, zum 65. Helga Hauk, Eva Hennig, Irmgard Wolfsdorf, Heinz Ebeling, Herbert Wloch, Wolfgang Uhlstein; zum 60. Dieter Apitzsch.

Redaktionsschluß :

Für die nächste Ausgabe 25.03.96

Nächste Ausgabe
- blatt lesen

Herausgeber: Stadtvorstand der PDS Cottbus, V.i.S.d.P.: Siegfried Dilk
Breitscheidstraße 11, Büro des PDS-Stadtvorstandes, 03046 Cottbus